

## Armutsfaktor Heizen - der Boden der Tatsachen

Das CORRECTIV.Europe kam auf der Grundlage von DESTATIS-Zahlen zu dem Schluss, dass im Jahr 2024 7,6 % der Rheinland-Pfälzer nicht mehr ausreichend heizen konnten, weil sie zu wenig verdienen, die Energiekosten immer weiter steigen und sich längst nicht alle eine energetische Sanierung ihres Wohnraums leisten können. Das sind über 300.000 Menschen! Ich wollte von der Landesregierung wissen, was sie gegen diesen Armutsfaktor unternimmt. Die Antwort ist ernüchternd. Die Landesregierung beweihräuchert ihre Initiativen, verliert aber kein einziges kritisches Wort. Es gibt tatsächlich Menschen, die bei 10 bis 15 Grad zu Hause verharren, weil sie Angst vor der nächsten Heizkostenabrechnung haben und die die Lebensmittelkosten gegen die Kosten für eine warme Wohnung aufrechnen müssen. Zu den Risikogruppen dieser Energiearmut zählen Alleinerziehende, chronisch Kranke, Menschen aus dem Niedriglohnsektor und auch alleinstehende Ältere. Die Landesregierung ist dennoch der Meinung, dass ihre Maßnahmen grundsätzlich ausreichen. Offenkundig ja nicht, wenn mehr als 300.000 Menschen ihre Wohnung nicht richtig warmhalten können! Verschiedene bundesweite Studien schätzen, dass die Unterstützungsleistungen bei 30 bis 60% der Menschen gar nicht ankommen.

Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz kennt aus ihrer Beratung verschiedene Gründe, aus denen trotz sozialer Sicherungssysteme Heizkosten nicht bezahlt werden können: Nicht allen Ratsuchenden ist bekannt, dass sie Anspruch auf Soziale Leistungen, insbesondere Wohngeld, haben. Manche sind auch mit der Antragsstellung überfordert oder es bestehen Ängste, z.B. Hauseigentum aufgeben zu müssen. Ein großes Problem sind energetisch schlechte Wohnungen und unzumutbare Wohnzustände. Mieter dieser Wohnungen schrecken jedoch meistens vor rechtlichen Schritten zurück, weil sie Angst haben, die Wohnung ganz zu verlieren. In fast jeder größeren Stadt finden sich außerdem verantwortungslose Vermieter, die nicht in den vermieteten Wohnraum investieren, jedoch trotzdem die maximale Miete fordern, die von Sozialbehörden bewilligt wird. Oft sind diese Vermieter auch durch die Verbraucherzentrale nicht erreichbar oder im Ausland ansässig. Die Verbraucherzentrale sieht hier Lösungswege durch Aufsichtsmaßnahmen, die Mindeststandards an Wohnraum sicherstellen. Wohnraum muss über ein funktionierendes und effizientes Heizsystem verfügen und ein Minimum an Wärmeschutz bieten. Der Schutz von Mietern vor Spekulation, Wuchermieten und unzumutbaren Wohnbedingungen muss auch im Mietrecht auf Bundesebene neu verhandelt werden!

Die Antwort der Landesregierung zeigt wieder einmal, dass sie keinen realistischen Blick auf den Alltag vieler Menschen hat. Übrigens lag die Armutquote in Rheinland-Pfalz zuletzt mit 17,5 % über dem Bundesdurchschnitt! Ein weiteres Indiz dafür, dass da gewaltig etwas schief läuft, ist die Tatsache, dass bei uns in den letzten Jahren 13.000 Sozialwohnungen abgebaut wurden. Und unsere Schuldnerberatungsstellen verzeichnen sage und schreibe 22.000 Beratungsfälle pro Jahr! Was denkt sich die Landesregierung eigentlich? Auf welchem hohem Ross muss sie sitzen, ihre Maßnahmen als zufriedenstellend zu bezeichnen?

**Wann werden endlich rechtliche Standards zum Schutz der Mieter im Bundesrat durchgesetzt?  
Wann können wir damit rechnen, dass niemand hier mehr hungern und frieren muss?**

Weitere Mitteilungen unter [www.andreas-hartenfels.de](http://www.andreas-hartenfels.de)

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)

fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz

[Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de](mailto:Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de)

Bündnis **Sahra**  
Wagenknecht